

# HERAUS ZUM 1. MAI 2024!

**Kämpfen wir gemeinsam für höhere Löhne, unsere Arbeitsplätze, gegen Sozialabbau sowie gegen Krise und Krieg!**

**Am 1. Mai 2024 haben wir allen Grund für höhere Löhne und Gehälter, für die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Stellenabbau und Entlassung, gegen Krieg und für den Frieden, für unsere Rechte und Interessen auf die Straße zu gehen – zusammen mit Millionen Menschen weltweit.**

In Deutschland stagniert das Wirtschaftswachstum, kleine und mittlere Betriebe gehen pleite und die Konzerne wie Bosch bauen zehntausende Arbeitsplätze ab. In der Stahlindustrie wie bei Thyssen-Krupp-Steel oder Outokumpu plant man Arbeitsplatzabbau. Bei Daimler in Düsseldorf soll die Nachtschicht gestrichen werden und Leiharbeiter/innen ihre Arbeitsplätze verlieren. Bei Daimler Bremen sollen ebenfalls Leiharbeiter entlassen werden. Doch die Entlassung von tausenden Arbeitern durch große Konzerne ist keines Falls nur das Resultat der „angespannten“ wirtschaftlichen Situation. Diese Konzerne sind es nämlich, die sich auf der einen Seite staatliche Subventionen in Milliardenhöhe zuschanzen lassen, um damit auch in Zukunft „konkurrenzfähig“ zu bleiben und die uns dieses Märchen erzählen, um uns Lohnverzicht und Überstunden aufzuschwatzen. Auf der anderen Seite fahren dieselben Konzerne allerdings weiter stabile Gewinne ein, schütten Jahr um Jahr noch mehr Dividende an die Aktionäre aus und streichen im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen – die nicht selten durch unsere Steuergelder finanziert werden – tausende von Arbeitsplätzen, um aus den verbleibenden Arbeitern immer mehr Profit herauszupressen. In diesen Zeiten müssen wir unsere Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung laut werden lassen.

**So kann es nicht weitergehen!  
Unsere Antwort auf die „wirtschaftlichen Herausforderungen“  
muss die 30-Stunden-Woche bei  
vollem Lohn- und Personalausgleich sein!**

Doch nicht nur der Arbeitsplatzabbau, sondern auch die Teuerung und die weit dahinter zurückbleibenden Reallöhne machen es notwendig, dass wir unseren Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Straße tragen, wie es die Kolleginnen und Kollegen in vielen Branchen schon tun. Seien

es die laufenden Tarifrunden im öffentlichen Nahverkehr oder im Bauhauptgewerbe, die vergangenen bei der Bahn oder dem öffentlichen Dienst oder die noch kommenden, zum Beispiel in der Gebäudereinigung: Überall zeigen die Arbeiter, dass sie bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen und immer öfter auch zu streiken! Gleichzeitig werden unsere Streiks zum Anlass genommen, weitere Angriffe auf das Streikrecht vorzubereiten und es wird versucht, die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen, zum Beispiel während des Streiks bei der Bahn. Doch wir müssen verstehen, dass jede kämpferische Aktion und jeder Streik uns allen nützt und die Bedingungen verbessert, unter denen wir für unsere Forderungen eintreten.

**Der Streik ist unser wichtigstes Mittel – darum müssen wir uns entschlossen gegen die Angriffe auf unser Streikrecht stellen!**

Die Lage zeigt, dass jetzt die Zeit gekommen ist, dass wir uns in den Gewerkschaften organisieren und für unsere Rechte eintreten, denn ohne Kampf geht es nicht mehr. Wir müssen die Forderungen nach tabellenwirksamen Lohnerhöhungen und nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich jetzt selbstbewusst erheben! Das geht nur gegen die Arbeitgeber und nicht in Zusammenarbeit mit ihnen, wie die letzten Jahrzehnte gezeigt haben. Und wo Kolleginnen und Kollegen kämpfen, da können sie auch etwas erreichen, wie der Abschluss bei der Deutschen Bahn und auch bei der Hamburger Hochbahn zuletzt bewiesen haben. In beiden Bereichen wurden mit Hilfe von Streiks Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt, die für die Arbeiter einen enormen Gewinn an Lebensqualität und Selbstbestimmung bedeuten. Es ist offensichtlich nicht damit getan, einfach darauf zu warten, was für Abschlüsse „die Gewerkschaft“ für uns aushandelt. Wenn wir eine kämpferische Tarifpolitik wollen, dann

müssen wir uns in den Betrieben organisieren und auch innerhalb der Gewerkschaften konsequent für einen solchen Kurs einstehen. Eine solche Veränderung muss ihren Anfang in den Betrieben nehmen! Wir dürfen unsere Zukunft nicht den Bürokraten überlassen, die in den Gewerkschaften immer wieder mit dem Kapital und der Regierung paktieren und damit unseren Kampf ausbremsen oder verhindern wollen. Sozialpartnerschaft war gestern! Was wir brauchen ist eine konsequente Vertretung unserer gemeinsamen Arbeiterinteressen!

## **Für tabellenwirksame Lohnerhöhungen und Arbeitskampf statt Einmalzahlungen und langen Laufzeiten!**

Die letzten Jahre zeigen klar, dass es die Arbeiter sind, die den Preis für Krise und Krieg zahlen. Und so wurden die massiven Preissteigerungen, zusammen mit Maßnahmen wie dem CO2-Preis und mit der Kriegspolitik der Bundesregierung, schonungslos auf die Arbeiter abgewälzt. Die angeblichen Probleme der Konzerne sollen mit riesigen Subventionen wie der Inflationsausgleichsprämie, der Gaspreisbremse, dem Brückenstrompreis oder sogar einem Sonder-

vermögen von 600 Milliarden Euro beseitigt werden. Subventionen bestehend aus den Steuergeldern, die wir direkt von unserem Lohn bezahlt haben oder die wir mit unserer Arbeitskraft in den Unternehmen erwirtschaftet haben!

Die Zustimmung für die Politik der Bundesregierung befindet sich auf einem Rekordtief - und das zu Recht! Denn sie machen Politik für die Banken und Konzerne, während sie uns Arbeitern das Leben immer schwerer machen. Hinzu kommen Aufrüstung und Krieg, die die arbeitenden Menschen bedrohen - hier und weltweit. Für die Interessen der Herrschenden sterben zehn- bis hunderttausende Menschen in Gaza und in der Ukraine. In Deutschland werden 2024 83 Mrd. Euro, also 20% des Bundeshaushaltes, für das Militär ausgegeben. Das geht zu Lasten von Sozialausgaben, Bildung, Gesundheitswesen. In den Gewerkschaften treten wir dafür ein, dass diese sich gegen Aufrüstung, gegen deutsche Kriegsbeteiligung und für sofortigen Waffenstillstand einsetzen!

**Wir sagen: Kein Sozialabbau!  
Keine Aufrüstung! Kein Krieg!  
Mehr Geld in Bildung, Soziales  
und Gesundheit!**

**Um für all das einzustehen, ist der 1. Mai ein wichtiger Tag, an dem wir zeigen, dass die Arbeiter in Deutschland und überall auf der Welt, die massiven Angriffe nicht einfach schweigend hinnehmen, sondern dass wir bereit sind, uns zu wehren, zu streiken und unsere Rechte zu verteidigen. Darum beteiligen wir uns an den Demonstrationen! Ohne Kampf geht es nicht mehr. Für eine starke Arbeiterbewegung, und eine Zukunft ohne Ausbeutung! Wir brauchen eine Gesellschaft von und für uns Arbeiter - den Sozialismus. Heraus zum 1. Mai!**

### **Geschichte des 1. Mai**

Der 1. Mai wurde uns Arbeitern und Angestellten, Frauen und Männern in abhängiger Beschäftigung, nicht geschenkt. Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf. Am Samstag, dem 1. Mai 1886, demonstrierten Tausende von Arbeitern, die in den Streik traten. Am 4. Mai kam es zu einem Angriff der Polizei auf eine Streikkundgebung, der so genannten „Haymarket Affair“, in dessen Folge am Ende ca. 20 Tote und über 100 Verletzte auf Seiten der Arbeiter zu beklagen waren. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale vom 14. bis 21. Juli 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer der Haymarket Affair der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen.

Doch endete die blutige Geschichte des 1. Mails nicht 1886. Im Jahre 1929 ließ der Polizeipräsident Berlins, Karl Zörgiebel, schon im Vorfeld des 1. Mails alle Versammlungen und Demonstrationen verbieten. Die KPD organisierte trotz des Verbots 1. Mai-Demonstrationen, die von der Berliner Polizei brutal niedergeschlagen wurden. 33 Zivilisten wurden dabei getötet. Der 1. Mai 1929 ging als „Blutmai“ in die Geschichte ein.

Erst die Hitlerfaschisten erklärten den 1. Mai zum „Tag der Arbeit“ und zum Feiertag. Dafür besetzten sie am Tag nach dem 1. Mai 1933 die Gewerkschaftsbüros und zerschlugen die freien Gewerkschaften, um ihre faschistische „Arbeitsfront“ zu installieren. Zahllose Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden in KZs verschleppt, gefoltert, zum Teil ermordet! Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus wurden sowohl in der BRD wie in der DDR der 1. Mai als Feiertag beibehalten.

# **ARBEIT ZUKUNFT**

**ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS**

[www.arbeit-zukunft.de](http://www.arbeit-zukunft.de)